

KOMMENTAR

VON
ANNETTE GANTNER*Starker Auftritt*

Es war ein besonderer Moment für den Parlamentarismus, als am Donnerstag erstmals ein Stimmavatar zum Einsatz kam. Der oberösterreichische Abgeordnete Klaus Furlinger hielt mithilfe dieser Technik eine Rede.

Der Grundgedanke der Demokratie ist, dass Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit repräsentiert

Furlinger setzt mit Avatar ein wichtiges Zeichen

werden. Umso wichtiger ist es, dass das Parlament ein inklusiver Ort ist, wo Menschen mit Beeinträchtigungen genauso eine „Stimme“ haben. Die Grünen, aber auch die Volkspartei setzen hier Maßstäbe. Abgeordnete im Rollstuhl stoßen längst nicht mehr auf Barrieren. Seit die gehörlose grüne Mandatarin Helene Jarmer im Nationalrat war, werden Debatten in Gebärdensprache übersetzt. Es ist Klaus Furlinger zu danken, dass er öffentlich ein so wichtiges Zeichen gesetzt und die technischen Innovationen aufgezeigt hat.

Beeindruckend waren aber auch der Respekt und die Disziplin aller Abgeordneten während der Rede. Es war ein wichtiges Signal, dass in der Politik trotz Unterschiedlichkeit Gemeinschaft möglich ist.

✉ a.gantner@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Sozialwirtschaft ringt weiter um Abschluss

WIEN. Donnerstagsvormittag hat die vierte Kollektivvertragsverhandlungsrunde in der Sozialwirtschaft begonnen. Die Begleitmusik: Streikmaßnahmen und eine Demonstration in der Bundeshauptstadt. Zuletzt lagen die beiden Seiten weit auseinander, die Gewerkschaften fordern ein Plus von vier Prozent und bessere Arbeitsbedingungen. Das Angebot der Arbeitgeber lag mit Verweis auf die angespannte budgetäre Situation weit darunter. Bis Redaktionsschluss dauerten die Gespräche noch an.

Einigung mit Unis über Forschungs-Spritze

WIEN. Die Universitäten und das Wissenschaftsministerium haben sich nach einigem Tauziehen auf einen Beitrag der Hochschulen zur Finanzierung des neuen Forschungs-, Innovations- und Technologiepakts (FTI-Pakt) geeinigt. Die Unis verzichten für 2027 auf 121 Millionen Euro des ihnen zugewiesenen Budgets. Dafür sollen diese Mittel vollständig über den Wissenschaftsfonds wieder an die Unis zurückfließen. Der FTI-Pakt (für 2027 bis 2029) soll bis Jahresende vorliegen, die Verhandlungen laufen. Die angepeilte Inflationsabgeltung des fünf Milliarden Euro Pakts erfordert rund 500 Millionen Euro. Diese sollen von Wissenschafts-, Infrastruktur- und Wirtschaftsministerium kommen. Das Wissenschaftsministerium liefert „seinen“ Teil über den Verzicht der Unis und über 25 Millionen Euro aus einer Mieterhöhungsbremse.

Einigung beim Stromgesetz wurde zum Nervenkrimi für die Koalition

Grüne signalisierten erst knapp vor der Abstimmung ihr Ja zum Gesetz

WIEN. Es war für die Regierungsparteien kein einfaches Unterfangen. Seit Tagen war mit den Grünen und zuvor auch mit der FPÖ über eine Zustimmung zum Günstiger-Strom-Gesetz verhandelt worden, da bei Energiegesetzen eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Die FPÖ hatte auf Zeit gespielt und wollte bis in den Jänner hinein verhandeln, die Grünen hatten Zustimmung im Abtausch für Konzessionen in Aussicht gestellt.

Am Donnerstagnachmittag wurde in den Gängen des Nationalrats gerätselt, ob weißer Rauch aufsteigen wird. Um 18 Uhr wurde die Einigung von den vier Energiesprechern verkündet. SP-Abgeordneter Alois Schroll bedankte sich dabei auch explizit bei den FP-Energiesprechern Axel Kassegger und Paul Hammerl. Diese hätten einen Kompromiss gewollt, doch FP-Chef Herbert Kickl habe dies verhindert.

In mehreren Punkten waren die Koalitionsparteien den Grünen entgegengekommen. Der Plan der Koalition sah vor, dass etwa Personen, die eine Photovoltaikanlage besitzen, bis zu sieben Kilowatt nicht für die Netznutzung zahlen müssen. Die Grünen hatten dies heftig kritisiert. Nun bleiben Einspeisungen bis 20 KW netzwerkstamme Leistung ausgenommen.

Neue Bezeichnung

Auch wird das Netznutzungsentgelt in Infrastrukturbeitrag umbenannt. Dieser soll mit 0,05 Cent pro Kilowattstunde per Verordnung festgelegt werden und darf 50 Cent je Megawattstunde im Jahresdurchschnitt nicht überschreiten. Der Sozialtarif in Höhe von sechs Cent pro Kilowattstunde war ursprünglich für jene 250.000 Personen vorgesehen, die vom ORF-Beitrag befreit sind. Nun werden auch 40.000 Arbeitslose und Notstandshilfebezieher berücksichtigt.

„Das ist ein Meilenstein für leistbare Energie, starke Netze und einen modernen Strommarkt“, sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (VP) am Abend und bedankte sich bei den Grünen.



Die Energiesprecher der Regierungsparteien Tanja Graf (VP), Alois Schroll (SP), Karin Doppelbauer (Neos) (APA/Steinmaurer)

FÜRLINGER SPRACH MIT AVATAR IM PARLAMENT

Es war eine Stimmung, wie sie im Parlament außerordentlich selten vorkommt. Als der oberösterreichische VP-Justizsprecher **Klaus Furlinger** mit dem Rollstuhl zum Rednerpult gebracht wurde, wurde es mucksmäuschenstill im Plenarsaal. Furlinger stand auf und bewegte die Lippen, das Gerät spielte die im Voraus aufgezeichnete Rede ab.

Im Zuge seiner Erkrankung habe die Stimme gelitten, er habe sich deshalb in den Hintergrund zurückgezogen und von dort sein Fachwissen eingebracht, begann Furlinger. Von „Project Zero“ sei er auf die Möglichkeit eines Stimmavatars hingewiesen worden. „Das beste Argument war, dass ich als Beispiel in der Öffentlichkeit dienen sollte und damit anderen Menschen Hoffnung geben kann“, erklärte er. Beim Testlauf im Justizausschuss habe die grüne Abgeordnete **Alma Zadic** gemeint, er würde sehr wienerisch klingen. „Ich versichere Ihnen, dass wir sehr hart trainieren, dass der Avatar ein

oberösterreichisches Idiom erlernt“, scherzte Furlinger. Zwischendurch applaudierten ihm die Abgeordneten aller Fraktionen, am Schluss gab es stehende Ovationen.

Auf der Galerie verfolgten **Martin Morandell**, der für die technische Umsetzung zuständig war, und **Mario Pichler**, dessen Initiative „Zero Project“ inklusive Innovationen unterstützt, die Rede. Morandell, der an der JKU studiert hatte, will den Avatar weiter perfektionieren. Er hatte aus Reden die Stimme reproduziert. Die Schwierigkeit sei gewesen, Emotion hineinzubringen.

Klaus Furlinger bei seiner Rede
Foto: APA/Steinmaurer

Am Donnerstag wurde ein weiteres lange umstrittenes Gesetz beschlossen. Die Koalitionsparteien und die Freiheitlichen stimmten für ein Kopftuchverbot an Schulen für Mädchen unter 14 Jahren. Gelten soll es für eine Kopfbedeckung, die „das Haupt nach islamischer Traditionen verhüllt“. Nicht vom Kopftuchverbot sind Veranstaltungen außerhalb des Schulgebäudes betroffen. Sanktionen können ab 2026/27 verhängt werden, es drohen Geldstrafen von 150 bis 800 Euro. Das Kopftuch sei ein Zeichen der Unterdrückung, begründete Integrationsministerin Claudia Plakolm (VP) das von ihr forcierte Gesetz.

Die FPÖ kritisierte trotz Zustimmung, dass das Kopftuchverbot nicht weit genug gehe. Man hätte sich gewünscht, dass es auch für Lehrerinnen gilt. Die Grünen fanden zwar das Anliegen des Gesetzes – ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben für Mädchen – richtig. Sie stimmten aber dagegen, da sie überzeugt sind, dass das Verbot ein weiteres Mal von den Verfassungsrichtern gekippt wird. Die islamische Glaubensgemeinschaft hat bereits angekündigt, vor das Höchstgericht ziehen zu wollen. (gana)

Pilnacek-Ausschuss wird an der Donau starten

Lokalausgang zum Todesfall am 14. Jänner

WIEN. Die FPÖ verzichtet in ihrem Untersuchungsausschuss zur Causa des verstorbenen Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek vorerst auf Polit-Prominenz.

Laut ihrem Ladungsverlangen sollen vorerst jene Personen zur Befragung geladen werden, die unmittelbar mit dem Tod Pilnaceks konfrontiert waren oder dazu recherchiert haben. Dazu zählen Polizeibeamte, Journalisten oder dessen einstige Lebensgefährtin.

Den Auftakt der Sitzungen soll am 14. Jänner ein Lokalausgang in Rossatz (Bezirk Krems) an einem Seitenarm der Donau bilden, an dem Pilnacek aufgefunden wurde. In einer Sitzung tags darauf

soll etwa jener Baggerfahrer befragt werden, der den Leichnam gefunden hat, sowie eine dort dazu gerufene Kremser Polizistin und jener Feuerwehrmann, der den Körper geborgen hat.

Befragt wird auch Martin Kreutner, Vorsitzender der unabhängigen Untersuchungskommission im Justizministerium zu dem Fall.

Neben weiteren Polizeibeamten und einer Ärztin, die letztlich Pilnaceks Obduktion anordnete, will die FPÖ auch Journalisten befragen, die sich mit Pilnaceks Tod auseinandergesetzt haben. Allen voran wird Peter Pilz befragt, der ein umstrittenes Buch zum Todesfall Pilnacek geschrieben hat.

35,5 Millionen Euro für Campus der Diözese

Grundsatzbeschluss in der Landesregierung

LINZ. Die oberösterreichische Landesregierung stellt mit einem Grundsatzbeschluss der Diözese Linz eine Förderung in Höhe von 35,5 Millionen Euro in Aussicht. Diese betrifft das Campus-Projekt am Linzer Freinberg sowie die Sanierung der Pädagogischen Hochschule. Die Förderung des Landes wird vom Bildungs- und Sozialressort gespeist, diese wird über sieben Jahre (ab 2026) ausgezahlt.

Die eingereichten Gesamtkosten liegen bei rund 105 Millionen Euro, geplanter Baustart für den „Campus 7“ ist 2027. Mit dessen Errichtung bündelt die Diözese ihre Ausbildungs- und Forschungsstätten an einem Standort, darunter die

Schulen für Sozialbetreuungsberufe (hier wird die Altenbetreuerschule des Landes Oberösterreich integriert) und die Katholische Universität. Knapp 2.000 Studenten und 1.000 Schüler sollen künftig auf dem Diözesan-Campus unterrichtet werden.

Für Landeshauptmann Finanzreferent Thomas Stelzer (VP) ist der Landesbeitrag zu dem Vorhaben eine „klare Investition in die Chancen unserer Kinder und in die Fachkräfte, die wir in Zukunft dringend brauchen.“ Ähnlich der Tenor von Bischofsvikar Hans Hintermaier, der bekräftigt, dass am Campus 7 Bildung mit biblisch-christlichen Werten vermittelt werden solle.